

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XVII/227

Bonn, den 9. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Eingeständnis</u> Nach den Fragestunnen in Sachen Spiegel - Aktion	49
2	<u>Parkow tritt auf der Stelle</u> Perwuchin - die Stimme Ulbrichts ? Von Eberhard Zachmann, Berlin	47
3 - 4	<u>De Gaulles Politik</u> Frankreich zwischen Referendum und Neuwahlen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	80
5 - 7	<u>Politiker und Journalist</u> Peter Raunau zum 60. Geburtstag am 12. November 1962 von Fritz Säger, MdB	146
8	<u>Zehn Jahre Deutscher Hilfsverein in Frankreich</u> Materielle und moralische Hilfe	42

Chefredakteur Günter Markscheffel

Eingeständnis

Nach den Fragestunden in Sachen Spiegel - Aktion

sp - Vieler Mühe hat es bedurft, um den Verteidigungsminister Strauss aus dem Versteck herauszuholen, in das er sich seit dem Anlaufen der Spiegel-Aktion begeben hatte. In zahllosen Interviews hat dieser Mann erklärt, sein Name sei Hase, er habe mit allem, was mit den "Beleiterscheinungen" dieser Affäre zusammenhängt, nicht zu tun, er wisse von nichts. Vierzehn Tage lang hat die Regierung Versteck gespielt und eine Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik hingenommen, die wieder gut zu machen des Schweisses der Edlen bedarf.

Warum wurde nicht gleich gesagt, daß ein Minister dieser Regierung Maßnahmen ergriffen hat, die nur dem Bundesanwalt zustehen? In dem letzten Teil der von der SPD veranlassten Fragestunde hat Bundesverteidigungsminister Strauss nach langen bohrenden und für ihn peinlichen Fragen sich zu dem Eingeständnis bequemen müssen, daß er selbst über den Kopf des deutschen Botschafters in Madrid hinweg den Militärattaché Oster in Aktion setzen ließ und über diesen die Verhaftung des Spiegel-Redakteurs Ahlers erwirkte - eine Maßnahme, von der selbst Bundesinnenminister Höcherl sagte, sie stünde "etwas ausserhalb der Legalität".

Warum hat die Regierung nicht gleich Farbe bekannt? Hätte die SPD nicht in der kürzestmöglichen Frist auf rasche Aufklärung gedrängt, wäre noch heute alles im Dunkel. 14 Tage lang wurde eine Angelegenheit verschleiert, die die deutsche Öffentlichkeit zu Recht beunruhigte und die Freunde unseres Volkes - wie bitter nötig werden wir sie noch in Zukunft haben - in tiefe Besorgnis über die Rechtssicherheit in der Bundesrepublik setzte.

Die Frage richtet sich an die Koalition:

Kann sie das, was in diesen Tagen an Irreführungen, Täuschungen, Ausweichmanövern und Verwischen von Verantwortlichkeiten verübt wurde, noch mit gutem Gewissen vor sich und unserem Volke verantworten?

Staatssekretär Hopf musste in die Wüste gehen, obwohl sein vorgesetzter Minister die volle politische Verantwortung vor dem Bundestag für das Übernahm, wofür man Hopf zum Sündenbock stempeln liess. Wenn diese Verantwortung keine Phrase sein soll, dann geht es nicht mehr um den Rücktritt des Staatssekretärs Hopf, wohl aber um den sofortigen Rücktritt des Bundesverteidigungsministers Strauss.

+ + +

Belehrung für Adenauer

"Eine Entscheidung, die in streitigen Fällen ohne gehörige Untersuchung und rechtliche Erkenntnis gegeben wird, heisst ein Nachtspruch.

Nachtsprüche wirken weder Rechte noch Verbindlichkeiten. Es kann also weder irgendein Minister noch der Souverän selbst Nachtsprüche tun.

Diese Sätze sind die Schutzwehr der bürgerlichen Freiheit eines preussischen Untertanen. Sie unterscheiden den Bürger der preussischen Monarchie von dem Sklaven eines orientalischen Despoten. Sollte es je so weit kommen, dass diese Grundsätze in der Regierung des Staats nicht mehr respektiert würden, dass der Souverän... der unmittelbaren Ausübung des Richteramts sich anmasste..., so würde die grösste Verwirrung im ganzen Staat, die äusserste Unzufriedenheit der Nation und zuletzt die Zerrüttung aller bürgerlichen Ordnung die gewisse und unvermeidliche Folge davon sein (Carl Gottlieb Svarez, 1746 - 1798).

+ + +

- 2 -

Pankow tritt auf der Stelle

E.Z. - Bereits am dritten Tag nach der Rückkehr Ulbrichts aus Moskau zeichnete sich anlässlich der Ostberliner Feier des 45. Jahrestages der Oktoberrevolution sehr deutlich ab, daß nachden Gesprächen, die Ulbricht und seine ZK-Mitglieder in Moskau mit Chruschtschow geführt haben, ein "entschärfter SED-Chef" auf den Heimweg geschickt worden ist.

Wenn nicht alles täuscht - in Ostberliner Funktionärskreisen umlaufende Informationen über die ersten Besprechungen Ulbrichts nach seiner Rückkehr bestätigen es - ist Moskau anscheinend bereit, vorläufig keine Schritte in der Berlin-Frage zu unternehmen. Auch die Drohung mit dem Separatfriedensvertrag, die Pankow in den letzten Monaten immer wieder ins Spiel zu bringen versuchte, mußte von der SED offenbar fallen gelassen werden.

Die öffentlichen Ansprachen und die Ostberliner Presse anlässlich des 45. Jahrestages der Oktoberrevolution lassen keinen Zweifel daran, daß Pankow in Sachen Friedensvertrag und Berlin-Frage jetzt auf der Stelle treten muß. Auf der Festveranstaltung am Vorabend des 7. November in Ostberlin sprach das ZK-Mitglied Hermann Axen, während Ulbricht schweigend im Präsidium sass. Was Axen über das Thema Friedensvertrag zu sagen hatte, beschränkte sich auf die keineswegs ultimativ klingende Feststellung, "die entscheidende Frage zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Schaffung einer günstigen Atmosphäre für internationale Abrüstung und Entspannung ist die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß des Friedensvertrages". Unter Hinweis auf die Lösung der Kuba-Krise fügte Axen bezeichnenderweise noch hinzu, man habe die Hoffnung, daß auch in der deutschen Frage die Einsichten in die Realitäten weiter zunehmen und die deutsche Friedensregelung herbeigeführt werden könne.

Die Grußadresse, die Ulbricht an Chruschtschow sandte, lag fast im Wortlaut auf der gleichen Linie. Pankows Außenminister Bolz sprach in einem besonderen Glückwunsch sogar nur von der "Gewissheit, daß die nationale Frage des deutschen Volkes aus der Kraft gelöst werden könne, die das Bündnis mit der Sowjetunion darstelle". Von einem Separatfrieden mit der Sowjetzonenregierung oder auch nur von einem Termin, den man dem Westen stellt, war nicht mehr die Rede.

Der SED-Leitung in Ostberlin wird es keine geringen Schwierigkeiten bereiten, auf die künftigen teils besorgten, teils provokatorischen Fragen zu antworten, wie es nun eigentlich um den Friedensvertrag stehe.

Es wirkt grotesk, daß angesichts der Bemühungen Moskaus, die Deutschland-Frage mit Samthandschuhen anzufassen und der neuen, Ulbricht aufgezwungenen Linie ausgerechnet der Ostberliner Sowjetbotschafter Perwuchin als einziger in einem Artikel im "Neuen Deutschland" (6. November) noch immer mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages drohte. Ohne Zweifel ist Herr Perwuchin die heimliche Stimme Ulbrichts. Ob diese Abweichung des Botschafters, der vor nicht allzu langer Zeit von Chruschtschow als Stalinist angeklagt wurde, für ihn ohne Folgen bleiben wird, dürfte die Zukunft zeigen.

De Gaulles Politik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

General de Gaulle betrachtet den Volksentscheid des 28. Oktober als Auftakt zu einer nationalen "Erneuerung" im Interesse des "Fortschritts und Prestiges Frankreichs". Diese "Erneuerung" soll zu einer Vereinfachung und Stabilisierung des politischen Lebens führen. Die Verfassungsänderung im Sinne einer Volkswahl des Staatspräsidenten und einer Erweiterung seiner Befugnisse ist nur ein erster Schritt. Die Verringerung der Parteienzahl und die Verminderung ihrer Rolle im politischen Leben sind das nächste Ziel.

Vom Referendum zu den Neuwahlen

Die Gaullisten hoffen, dieses Ziel schon in den bevorstehenden Novemberwahlen zu verwirklichen. Sie erstreben ein Übergewicht des gaullistischen Wahlblocks und eine Zertrümmerung der traditionellen Parteien. Selbst wenn sie dieses Wahlergebnis nicht erzielen sollten, werden sie die autoritäre "Reform" der 5. Republik dennoch weiter verfolgen.

General de Gaulle ist überzeugt, daß diese "Erneuerung" unausbleiblich ist. Für ihn stellt sich nur die Frage, ob er sie mit oder ohne Unterstützung der kommenden Nationalversammlung realisieren kann. Wenn das neugewählte Parlament sich seinen Plänen widersetzen sollte, wird er der Auseinandersetzung wahrscheinlich nicht ausweichen. Gestützt auf die relative Mehrheit im letzten Referendum (62 Prozent der abgegebenen Stimmen, aber nur 46 Prozent der Wahlberechtigten) wird er nicht zögern, einen neuen Volksentscheid gegen den Willen der oppositionellen Nationalversammlung zu setzen.

Zunächst hofft er aber noch, daß die Parlamentswahlen im wesentlichen das Referendum widerspiegeln. Er wünscht eine parlamentarische Mehrheit, die sich für die gaullistischen Staatsreformen ausspricht.

André Malraux' "Bund": Einheits- oder Staatspartei?

Der von André Malraux gegründete "Bund für die 5. Republik" hat hier eine entscheidende Rolle zu spielen. Der Gaullismus soll jetzt bis auf weiteres nicht mehr das Vorrecht einer bestimmten Partei sein. Die gaullistische Regierungspartei UNR befindet sich mit den Linksgaullisten (Union Démocratique du Travail, UDT) und einzelnen Fraktionen oder Persönlichkeiten der Rechtsunabhängigen in dem neuen "Bund für die 5. Republik". Die Parteien der Mitte und der linken Mitte, von den Sozialisten über die katholischen Volkerepublikaner bis zu den Konservativen stehen allerdings in eindeutiger Abwehr gegen diesen Versuch, hinter dem sie das Streben nach einer Einheits- und Staatspartei vermuten und befürchten.

Fronten in Bewegung

Zwischen dem Oktoberreferendum und den Novemberwahlen sucht Frankreich sein neues politisches Gesicht. Mit dem Ende des Algerienkrieges sind die jahrelang erstarrten politischen Fronten wieder in Bewegung.

Die Kampfansage der Linksopposition an das gaullistische Regime war vorauszusehen; sie unterstützte den General nur zur Beilegung des nordafrikanischen Konfliktes und zur Niederschlagung der rechtsradikalen Putschversuche. Seine besondere Staatsauffassung lehnte sie seit jeher ab.

Nicht vorherzusehen war der vorübergehende Pakt zwischen Links- und Rechtsopposition, ausgedehnt auf alle Parteien der linken und rechten Mitte.

Nach den "widernatürlichen" Einheitsfronten der 4. Republik, die den gemeinsamen Stürmen der Kommunisten, Gaullisten und Rechtsradikalen zum Opfer fiel, sieht sich die 5. Republik de Gaulles nun einer Abwehrfront aller anderen Parteien gegenüber.

Der jähe Angriff der Gaullisten auf die eigene, beschworene Staatsverfassung hat diese Umgruppierung begünstigt, die noch vor kurzer Zeit unvorstellbar war. Unterstützte die radikale und demokratische Linksopposition doch eindeutig de Gaulle im Kampf gegen die OAS und die anderen Formen der Rechtsopposition. Wenn die französische Linke dem gaullistischen Regime einen Vorwurf zu machen hatte, so eben den eines unzureichenden Kampfes gegen die rechtsoppositionellen Umtriebe.

Der Kampf um die Nachfolge

Nun hat der gaullistische Angriff auf die Grundfesten der parlamentarischen Demokratie alles auf den Kopf gestellt. Wird es de Gaulle wirklich gelingen, seine alte autoritäre Staatsauffassung jetzt endgültig durchzusetzen? Oder wird er damit letzten Endes am Widerstand vieler Franzosen scheitern? Und was käme nach de Gaulle? Die Volkswahl des Präsidenten ist erfahrungsgemäss noch lange keine Garantie für die Stabilität und Kontinuität der demokratischen Republik. Das letzte Referendum war nur eine Schlacht, deren Ausgang durchaus nicht eindeutig ist. Der innenpolitische Kampf geht weiter und verschärft sich.

Man wird wahrscheinlich erst später mit Sicherheit sagen können, ob die republikanischen Parteien durch die Initiative des "Führers der Nation" in eine Front mit den Extremisten gedrängt wurden oder ob diese mit mehr oder weniger Erfolg den typisch französischen republikanischen Reflex auszunützen versuchen. Man kann jedenfalls annehmen, daß das gaullistische Regime de Gaulle nicht zu überleben vermag. Wer tritt die Erbschaft an? Ein politisch zerrissenes Land oder eine wirklich erneuerte Demokratie?

Politiker und Journalist

Peter Raunau zum 60. Geburtstag am 12. November 1962

Von Fritz Sänger, MdB

"Gerade habe ich mich hier zur Ruhe gesetzt, da soll ich wieder mitten hinein? Ich will nicht, ich will nicht!" Das war Peter Raunaus Antwort, die er im Oktober 1945 auf den Ruf des Freundes gab, nun wieder eine freie Zeitung, die erste unter deutscher Leitung, in der britisch besetzten Zone Deutschlands zu machen. Er mußte ja kommen, denn er war und ist Journalist. Wer das wirklich ist, den läst es nicht los.

Damals wohnte er in Deggendorf an der Donau. In Berlin, wo wir gemeinsam die gefahrvollen Jahre des Naziregimes in guter Kameradschaft, in der Gewissheit gleichen Denkens und Hoffens, auch gleichen Tuns in einem Kreis Gleichgesinnter durchlebt hatten, hielt es ihn nicht mehr, nachdem ihn die Gestapo verhaftet und er ein Schreibverbot bekommen hatte. Aber deshalb war er keinesfalls in den Ruhestand gegangen. Deutschland war ein Trümmerhaufen. Wen ließ das ruhig leben! Am wenigsten den, der immer ein Kind seiner Zeit war, in und mit ihr lebte und sie verstand und darzustellen wußte.

* * *

Jetzt mußte ein neues Deutschland Wirklichkeit werden. Wir hatten es uns ausgedacht, erträumt und einiges getan, damit es schneller kommen möge, das Deutschland der Rechtschaffenheit und Sauberkeit, des Anstandes und der Gerechtigkeit für alle. Solche Prinzipien sagen und schreiben sich leichter hin, als dass sie durchdacht werden. Peter Raunau wußte, was man darunter zu verstehen hatte. Darum war er der richtige Mann, der in einer neuen Zeitung die Politik der Zeit zu betreuen hatte. Er kam aus dem mit Wein und Brot reichlicher gesegneten, im Idyll bayerischer Bürgerlichkeit freundlich durmernden Städtchen in das turbulente, von Flüchtlingen berschwemte und von der Nähe der Zonengrenze immer von neuem erregte, das hungernde, frierende und eigentlich noch gar nicht existierende Niedersachsen, das erst ein Staat werden wollte. Es blieb nicht bei der einen Aufgabe, nur zweimal wöchentlich eine Zeitung zu schreiben.

Im Mai 1946 stellten wir den "Sozialdemokratischen Pressdienst" wieder auf die Beine, der dreizehn Jahre hatte schweigen müssen. 1947 wurde Peter Raunau der Chefredakteur dieses Sprachrohre der neuen, alten, modernen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Was aber waren das für Jahre, die nun folgten!

* * *

Die Gemeinden wurden unter die Verantwortung ihrer Bürger genommen. Die neuen Länder entstanden. Die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich aus Bizone und Landerfederalismus zu einer Wirklichkeit,

die schmalbrüstig und armselig schien und von der niemand wußte, wie sie sich gegenüber der Tradition der deutschen Teile und Stämme, gegenüber den Fluten der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Not des Hungers und der Dürftigkeit ringsum und in dem gärenden Brodeln eines sich formenden Europas als eine Tatsache durchsetzen könnte. Es kam entscheidend darauf an, daß Volk und Partei sich verstanden und daß andere Nationen materiell und moralisch Vorschuss gewährten. Es kam darauf an, glaubwürdig zu sein und Vertrauen zu erwerben und zu rechtfertigen.

Die ungezählten Beiträge, mit denen der Chefredakteur des "Sozialdemokratischen Pressedienstes", Peter Raunau, in eben diesen Jahren das Geschehen in Deutschland und in der Welt, die Entwicklung des Verhältnisses unseres Landes zu den Völkern betrachtete, wertete und deutete, die kurz zuvor noch unsere Gegner waren, sind Beispiele für politische Fairneß, für den Willen zur Aufrichtigkeit und für eine konstruktive und mutige Hilfeleistung in allen schwierigen Diskussionen, die sich nun in der Weltpolitik um die deutsche Frage und die Frage des Friedens in der Welt ergaben. Er schlug Brücken zu neuen Schichten des Volkes und zu den Verständigen in anderen Ländern. Es war für den, der lesen konnte, keine Schwierigkeit, zu spüren, daß die Feder, die diese Artikel geschrieben hatte, vom guten Willen geführt worden war, von souveräner Unabhängigkeit und von einer aufbauenden Phantasie, die das Bild eines friedlichen Arrangements deutlich vor sich sah.

* * *

Peter Raunau schreibt seine Beiträge in einer Art, die nicht verkrampft sein kann, weil sie im Leben eine natürliche Anschauung übt und übersetzt und die Politik nicht als etwas betrachtet, das für Auserwählte und Superkluge vorbehalten bleibt. Ideologie, Parteidoktrin - das ist nichts für diesen Mann. Er wird sie nicht ablehnen, aber er nimmt sie so gelassen zur Kenntnis wie alles, was er kennen lernen muß, weil es eine Tatsache ist. Doch ob er ihr große oder kleine Bedeutung beimißt, das ist nur seinem vorsichtigen, analysierenden Denken überlassen. Und er wägt ruhig und ganz für sich und sagt nur das, was dann dabei an Erkenntnis herausgekommen ist. Das schreibt er auf. Das versteht man, verstehen die vielen, die diese Artikel in zahlreichen Zeitungen gelesen haben und die sie heute noch lesen, wenn Peter Raunau als Chefredakteur und Leitartikler der "Hannoverschen Presse" seine Arbeit fortsetzt.

Nach mehr als zehn Jahren Tätigkeit im Pressedienst der SPD löste er sich 1950 schweren Herzens von dieser Aufgabe, in der er gedient, niemals geherrscht hatte. Er meinte wieder einmal, er müsse sich zurückhalten, dürfe nur eine weniger bedeutsame, weniger hetzende, konzentrierte Arbeit leisten, müsse mehr in die Stille gehen. Er fand den Platz, aber es hielt ihn dort nicht, und ein Jahr später war er wieder "mitten drin", dort, wo er jetzt noch wirkt.

Niemand, der mit Raunau zusammengearbeitet hat, war in der Lage, uns eine Anekdote zu berichten, in der er als ein "Kommandierender" oder auch nur als ein Feldwebel aufgetreten wäre. Der "Chef" hatte sich Respekt und Achtung, Autorität und Anerkennung durch Ruhe und

Leistung erworben. Jetzt wird er tiefe Falten quer über die Stirn ziehen, wenn er das liest, denn er will keinen Respekt und keine Anerkennung, er will seine Meinung sagen und er möchte, daß man sie liest, denn er hält sie für wichtig. Er hat sie nämlich selbst durchdacht und von niemanden übernommen und selbst in genau die Formulierung gebracht, die er für allein vertretbar hält. Das ist keine Schreiberei, das ist Journalismus. Ungedemte Lobhudler dieses schönen Berufes haben gesagt, es sei Schöpferfähigkeit, so arbeiten zu können. Lassen wir es bei Journalismus! Aber der ganze Mann muß dahinterstecken, seine Leidenschaft, sein Wollen, seine Bescheidenheit und seine Demut vor der Sache und dem Problem.

* * *

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands konnte sich keinen besseren Interpreten ihres Willens und Tuns wünschen als diesen Mann, der ein Gefährte auf dem Wege durch die neue, veränderte Zeit und zugleich ein Ratgeber für den kürzeren und den weniger beschwerlichen Weg wurde. Er war nicht nur der Redakteur des Geschehens dieser Jahre, in denen er auf diesen Blättern beschrieb und betrachtete, gut und schlecht nannte, was er sah und hörte; er war der Chronist, der ein Zeitbuch aufschrieb, aus dem viele lernen können, wie schwer und wie menschlich Politik ist. Er schreibt aus der erworbenen Reife eines zuverlässigen Wissens und darum über komplizierte Vorgänge einfach und verständlich; er schreibt ohne Pathos und legt die Feder auf die Tatsachen. Auf diese Weise brachte er die Stimme der für die junge deutsche Demokratie noch immer wichtigsten Partei zu Gehör und schrieb nicht in eine ferne, unbekannte Leere. Das war und bleibt ein großartiges, meisterliches Stück journalistischer Arbeit und politischen Könnens, eine Leistung, die er vorzeigen kann.

Und wenn er den Artikel aufgeschrieben hat, den er "austragen" muß, so habe ich niemals gehört, daß er damit zufrieden gewesen sei. Immer hatte er etwas auszusetzen, immer ist er nicht gut genug. Es ist ein nicht geringer Schuß heiteren Weltschmerzes dabei. Er wundert sich heute noch so, wie der Junge sich wohl gewundert haben mag, der in elterlichen Pfarrhause manche romantische Stunde mehr als andere erlebt haben dürfte. Das war nicht lange so, die Eltern starben früh. Der Onkel Professor, der ihn zu vielen anderen Kindern aufnahm, prägte den jungen Mann, aber den Weg in das besondere Leben seines Pflégelings wußte auch dieser nicht. Paragraphen waren nicht die Art eines Menschen, der die Zusammenhänge suchte und nicht die Definition. Das Jurastudium war mit hin für ihn nichts. Drei Jahre Banklehre waren ein Umgang mit Zahlen, mit Gewinn- und Verlustrechnungen, mit Börse und Saldo, aber den Hintergrund hellte ihm niemand auf. Die Suche nach der Berufung war erst erfüllt, als er "ins volle Leben mitten hinein" treten durfte, als er Journalist werden konnte. Wer mehr über seinen Lebenslauf wissen will, sucht in den einschlägigen Büchern vergebens. Peter Raunau schreibt keine Lebensläufe auf, so scheint es. Er will nicht nach vorn, nicht "ange. 1". Aus eben diesem Grunde ist er mehr als viele, die in dicken Handbüchern verzeichnet sind.

Wir aber sollten mehr aus seinen Gedanken und aus seiner Kunst der Aussage machen, mit der er so große Dienste geleistet hat und weiter leisten wird. Die Kraft, es tun zu können, wünschen wir ihm, die Freude es tun zu dürfen, bringt er selber auf. Wir aber wissen nun, wer mit uns geht und wen wir hören. Wir werden nur sicherer auf dem Wege, wenn einer ist wie er.

+ + +

Zehn Jahre Deutscher Hilfsverein in Frankreich

sp - Der Deutsche Hilfsverein in Frankreich kann in diesen Tagen auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Er hat die Aufgabe, allen in Frankreich unverschuldet in Not geratenen Landsleuten Rat und Hilfe zu erteilen. Die Gesamtverantwortung trägt der Vorstand, dem Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, des Christlichen Vereins junger Männer, der deutschen Botschaft in Paris, der Gewerkschaften, der Industrie sowie Rechtsanwälte und Ärzte aus der deutschen Kolonie angehören. Präsident des Deutschen Hilfsvereins ist seit der Gründung Albert P r e u s s, der ständige Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankreich und Chefredakteur des in Paris deutschsprachig erscheinenden "Pariser Kurier".

Der Hilfsverein verfügt in Paris über ein Büro mit hauptamtlichen Mitarbeitern, außerdem wird er von etwa 300 ehrenamtlichen deutschen und französischen Helfern in verschiedenen französischen Provinzen unterstützt. Die Verwaltungskosten für das Pariser Büro trägt die deutsche Bundesregierung.

Nach einer letzten offiziellen Statistik leben in Frankreich fast 65.000 deutsche Staatsangehörige und etwa 10.000 Personen, die als Deutsche aus den osteuropäischen Gebieten nach Frankreich gekommen sind, deren Staatsangehörigkeit jedoch noch ungeklärt ist. Der Hilfsverein hat es übernommen, den Deutschen in Frankreich, die hauptsächlich Arbeitnehmer sind, materielle und moralische Hilfe beim Aufbau ihrer Existenz zu geben. Zur Beseitigung der materiellen Not stehen dem Deutschen Hilfsverein in beschränktem Maße Bundesmittel zur Verfügung; weitere Beträge werden aus einem Spendenfonds genommen, der sich aus freiwilligen Beiträgen zusammensetzt.

Seit einigen Jahren hat der Hilfsverein auch die Betreuung junger Mädchen übernommen, die aus Deutschland kommen, um ihre französischen Sprachkenntnisse zu erweitern. Die meisten von ihnen arbeiten sechs Monate bei französischen Familien als Haustöchter. In diesem Jahre waren es 3.080, die sich offiziell gemeldet hatten. Etwa 2 000 Haustöchter besuchten im vergangenen Jahr die deutsche Beratungsstelle, um dort die für sie wichtigen Fragen des Arbeitsverhältnisses zu klären.

Eine besondere Aufgabe sieht der Hilfsverein in der Kontaktaufnahme zwischen deutschen und französischen Kindern. Jährlich verleben etwa 450 Kinder und Jugendliche im Austausch ihre Ferien in Deutschland und Frankreich. Die Verständigung der beiden Völker im engeren, familiären Bereich ist eine stets sich erneuernde Zielsetzung des Deutschen Hilfsvereins in Frankreich und eines seiner Hauptanliegen.